

Senator für Bildung und Wissenschaft

06.03.2006  
Frau Moning  
6547

**Vorlage L 192/G 144  
für die Sitzung der Deputation für Bildung  
am 16.03.2006**

## **Jahresabschluss des Haushalts 2005 – Produktplan Bildung -**

### **A. Problem**

Der Deputation ist

- der Controllingbericht für das Gesamtjahr 2005 (incl. 13. Monat) auf der Ebene der Produktbereiche, sowie der
- Jahresabschluss 2005 für den Produktplan Bildung zur Kenntnis zu geben.

### **B. Lösung**

#### **I. Produktbereichscontrolling, 13. Monat 2005**

In der Anlage 1 ist für den Produktplan 21 der Controllingbericht für das Gesamtjahr 2005 (incl. 13. Monat) auf Produktbereichsebene beigefügt.

Darin sind die kamerale Daten (Einnahmen und Ausgaben), die Personaldaten (Einnahmen, Ausgaben, Stellenvolumen und Personalstruktur) sowie die Leistungsdaten nach Plan- und Istwerten dargestellt.

In der Zusammenfassung aller Zahlungsströme – unabhängig von ihrem Verpflichtungsgrad – ergibt sich folgendes Bild für den Produktplan Bildung:

	<b>Ist</b>	<b>Plan</b>	<b>Abweichung</b>
	in Tsd. Euro		
Konsumtive Einnahmen	15.632	17.050	-1.418
Investive Einnahmen	7.631	7.631	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>23.263</b>	<b>24.681</b>	<b>-1.418</b>
Personalausgaben	294.188	293.705	483
Konsumtive Ausgaben	155.024	163.819	-8.795
Investive Ausgaben	25.639	31.899	-6.260
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>474.851</b>	<b>489.423</b>	<b>-14.572</b>

Ohne Verrechnungen/Erstattungen innerhalb des bremischen Haushaltes

Auf der Grundlage der oben dargestellten IST - Ergebnisse im 13. Monat wird der Jahresabschluss erstellt.

## II. Jahresabschluss 2005 – Produktplan Bildung

Aus den Zahlungsströmen des kameralen Haushaltes sind zur Feststellung des Jahresabschlusses und der Mittelübertragbarkeit die jeweiligen Verpflichtungen herauszuarbeiten. Nach Ausgleich der Mehrausgaben und Mindereinnahmen (differenziert nach Ausgabe/Einnahmearten und dem Haushalt der Stadtgemeinde Bremen und dem Landeshaushalt) ergibt sich in der Zusammenfassung aller Produktgruppen für 2005 ein Ergebnis, in dem die Mehreinnahmen und Reste / Rücklagen wie folgt dargestellt werden können:

Einnahme/Ausgabeart	Reste/Rücklage 2005 in €
<b>1. Einnahmen</b>	
Konsumtiv	<b>71.840</b>
Investiv	<b>0</b>
<b>2. Personalausgaben</b>	
rücklagefähige Personalausgaben (allgemeine Budgetrücklage)	<b>0</b>
rücklagefähige Personalausgaben (Altersteilzeitrücklage)	<b>0</b>
Ausgabereste (zweckgebunden)	<b>831.702</b>
<b>3. konsumtive Ausgaben</b>	
Ausgabereste (übertragbar)	<b>5.693.144</b>
<b>4. Investitionsausgaben</b>	
Ausgabereste (rücklagefähig)*	<b>6.544.717</b>

\*) inklusive Korrekturbuchung im 14. Monat

Zu den einzelnen Positionen in der Tabelle werden folgende Erläuterungen gegeben:

### Zu 1. Einnahmen

Im Controllingbericht werden Mindereinnahmen in Höhe von 1,4 Mio. € dargestellt, diese resultieren hauptsächlich aus den Einnahmen vom Bund für Ausbildungsförderung (siehe auch Erläuterung zu IV. Tabelle 2). Im Jahresabschluss wurden diese Mindereinnahmen durch die korrespondierende Ausgabe position ausgeglichen. Außerdem werden Einnahmen des LIS und der sen. Behörde in Höhe von 0,07 Mio. € der Budgetrücklage zugeführt.

### Zu 2. Personalausgaben

Die übertragbaren Minderausgaben im Personalbereich von ca. 0,83 Mio. € resultieren ausschließlich aus zweckgebundenen Personalausgaben im Rahmen von Drittmitteln (Modellversuche und ESF) und müssen daher auf das Jahr 2006 übertragen werden.

Insgesamt wurde im 13. Monat ein Defizit von 0,48 Mio. € ausgewiesen. Dies erhöht sich durch die o. g. zweckgebundenen Minderausgaben auf ein Defizit von 1,3 Mio. € (Stadt und Land). Das Defizit entstand, da die Anschläge in 2005 mit reduziertem Sonderzuwendungen für Angestellte budgetiert waren, die tatsächlichen Ausgaben aber wegen unveränderter Tarifgrundlage nicht angepasst werden konnten.

Der Ausgleich im Jahresabschluss erfolgte über die Reste bei den konsumtiven Ausgaben.

### Zu 3. Konsumtive Ausgaben

Die übertragbaren konsumtiven Minderausgaben in Höhe von rd. 5,7 Mio. € sind zweckgebunden, es handelt sich um Ausgaben in folgenden Ausgabebereichen:

- Rücklage autonome Schulen 1,9 Mio. €
- Modellversuche/ESF-Projekte 1,5 Mio. €
- Musisch-kulturelle Projekte 0,3 Mio. €
- BaföG/Privatschulen/Weiterbildung 1,0 Mio. €
- andere (zweckgebundene) Ausgaben. 1,0 Mio. €

Diese Minderausgaben müssen entsprechend ihrer Zweckbindung in das Jahr 2006 übertragen werden.

#### Zu 4. Investive Ausgaben

Im Haushaltsjahr 2005 ist eine investive Rücklage von 6,5 Mio. € entstanden.

Davon sind 0,8 Mio. € zweckgebundene Mittel für Baumaßnahmen, die u.a. von der Stiftung Wohnliche Stadt bezuschusst wurden. Außerdem sind 0,6 Mio. € der investiven Rücklage der Schulen zuzuordnen. Die übrigen Mittel sind gebundene Mittel für bereits in Auftrag gegebene nutzerbezogene Baumaßnahmen, insbesondere für Baumaßnahmen im Rahmen der schulstrukturellen Änderungen. Die investive Rücklage muss im Jahr 2006 zur Ausfinanzierung der Baumaßnahmen zur Verfügung stehen.

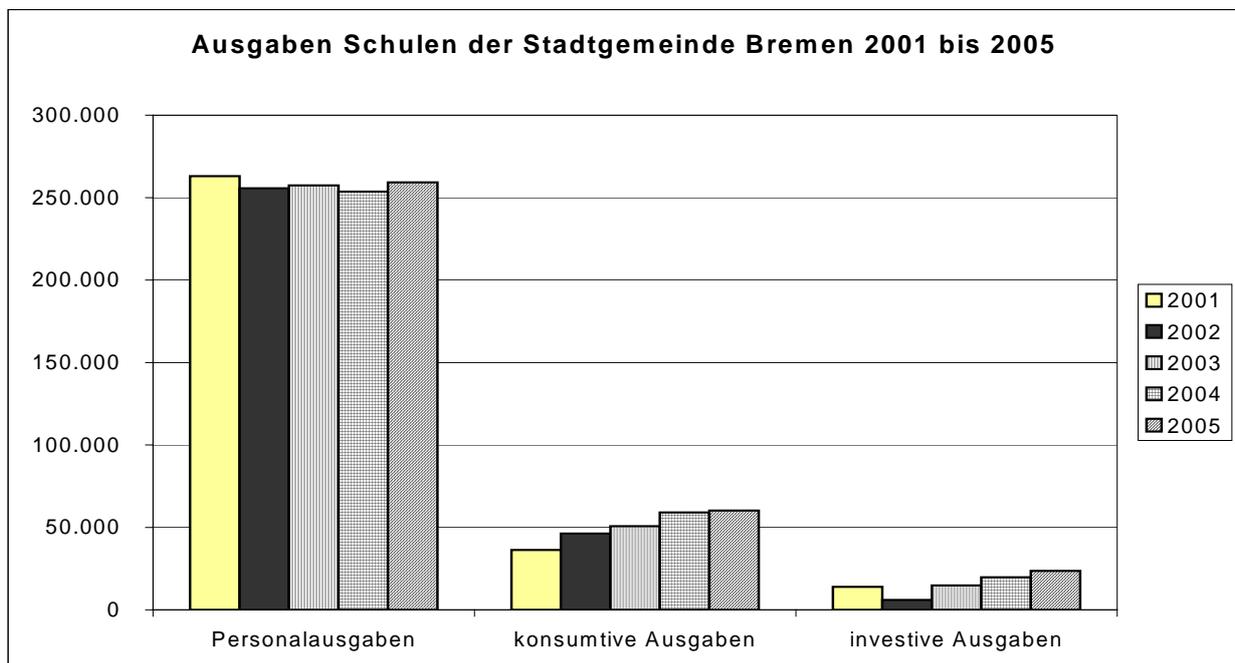
### III. Treuhandfonds Bildungsinfrastruktur

Im Haushaltsjahr 2005 wurde – wie auch in 2004 – ein Teil der Bildungsausgaben über einen Treuhandfonds abgewickelt. Die Ausgaben werden nach den jeweiligen Aufgaben in der Anlage 2 dargestellt.

### IV. Haushalt 2005: Vergleich der Haushaltsjahre 2001 bis 2005 (inkl. Treuhandfonds)

Zur besseren Übersichtlichkeit der Ausgaben im Produktplan Bildung werden folgende vergleichende Tabellen dargestellt:

**Tabelle 1:**



**Tabelle 1** stellt die Entwicklung der Ausgaben für die Schulen der Stadtgemeinde Bremen von 2001 bis 2005 dar.

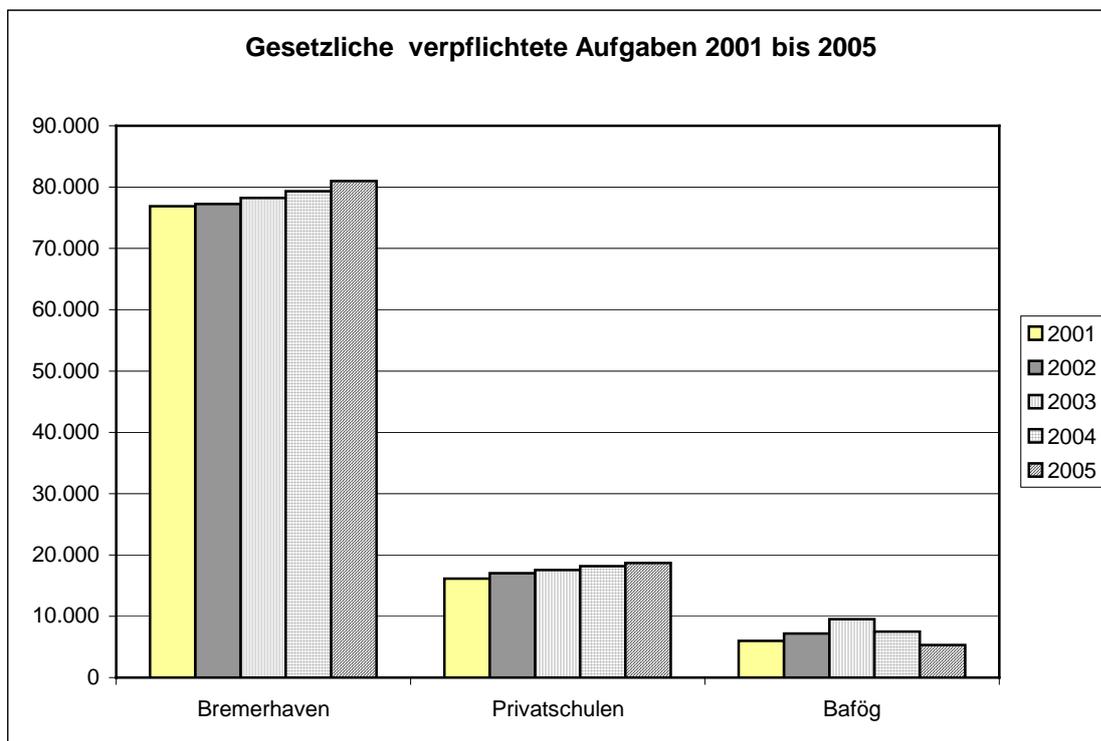
Die Steigerung bei den konsumtiven Ausgaben (ab 2003) resultiert aus:

- der Verlagerung der Hausmeisterdienste aus dem Personalbudget in den konsumtiven Haushalt
- der inhaltlichen Neugestaltung der Schulen (Verlässliche Grundschule, Ganztagschule, Vorkurse für Schüler mit Migrationshintergrund, Leseintensivkurse, Projekte zum Abbau der Wiederholerquote, LRS-Kurse, Musik- und Sportprofile etc.)
- Steigerung der Schülerzahl im Rahmen der Betreuung schwerstmehrfachbehinderter Schüler und Schülerinnen und des Persönlichen Assistenzprogramm.

Die Steigerung im investiven Haushalt entsteht durch das Bundesprogramm „Zukunft und Betreuung“ für Baumaßnahmen und Ausstattung von Ganztagschulen.

Die Steigerung bei den Personalausgaben entsteht aus der Inanspruchnahme der Altersteilzeitrücklage.

**Tabelle 2** zeigt die Entwicklung der gesetzlich verpflichteten Aufgaben im konsumtiven Haushalt:



Die Ausgaben für die Privatschulen im Lande Bremen sind gestiegen. Grund ist der Beschluss in 3 Stufen den Zuschuss pro Privatschüler/in an den Bundesdurchschnitt anzupassen. Die 2. Erhöhungsstufe ist zum Schuljahr 2005/2006 erfolgt. Außerdem wird ab dem Schuljahr 2005/2006 die International School of Bremen als anerkannte Ergänzungsschule bezuschusst.

Die Zahlung an Bremerhaven für Personalkostenzuschüsse der Lehrkräfte sind ebenfalls gestiegen. Dies liegt nicht an den Kosten der aktiven Lehrkräfte, sondern an der Zunahme der Versorgungslasten.

Im Bereich der Bundesausbildungsförderung sind die Ausgaben gesunken. Grund hierfür ist, dass Bremen in der Auslandsförderung nur noch für Auszubildende in Süd- und Mittelamerika zuständig ist und nicht mehr für Kanada, Australien und Ozeanien.

### **C. Beschlussvorschlag**

Die Deputation für Bildung nimmt den Controllingbericht und den Jahresabschluss 2005 zur Kenntnis.

In Vertretung

Dr. Göttrik Wewer

Anlage 1: Produktbereichs-Controlling 13. Monat 2005

Anlage 2: Ausgaben im Treuhandfonds „Bildungsinfrastruktur“